



COMMERZBANK

Blessing fliegt First Class

THOMAS LOHNES / DAPD

Einige Passagiere des Lufthansa-Flugs LH 419 von Washington nach Frankfurt waren am vorvergangenen Sonntag ziemlich baff, als sie sahen, welcher hochgewachsene Manager beim Einsteigen geradezu selbstverständlich gen First Class abbog: Martin Blessing, Vorstandschef der Commerzbank, also jenes Instituts, das sich in Werbespots gern als geläutert preist und einen hohen moralischen Anspruch herauskehrt. Die Bank existiert nur deshalb noch, weil die Regierung ein Viertel der Aktien übernahm. Deutschlands oberster Staatsbanker fliegt also fast für den Preis eines Kleinwagens in die USA und zurück? Moment, sagt die Commerzbank, Blessing nehme nur in Ausnahmefällen die First Class, in diesem Jahr sei das bei zehn Prozent seiner Flüge der Fall gewesen. Der Commerzbanker sitzt demnach nur dann ganz vorn, wenn es sich um einen Interkontinentalflug inklusive Zeitverschiebung handelt und

er direkt im Anschluss Termine hat. Das macht die Sache in diesem Fall nicht weniger pikant, eher im Gegenteil: Nach dem Rückflug aus Washington eilte Blessing vom Flughafen in eine dringende Aufsichtsratssitzung. Gemeinsam mit Chefkontrolleur Klaus-Peter Müller wollte der ausgeschlafene Erste-Klasse-Passagier einen wichtigen Sparbeschluss durchpauken, den Rausschmiss der Vorstände Jochen Klösges und Ulrich Sieber. Die beiden müssen gehen, weil die Führungsscrew verkleinert werden soll, von neun auf sieben Mitglieder. Man könnte auch sagen: Der Vorstand soll künftig wieder komplett in die First Class passen, denn die hat bei Lufthansa maximal acht Plätze. Doch im Aufsichtsrat fand sich keine Mehrheit für den Rausschmiss, am Ende könnte der Streit mit Klösges und Sieber vor Gericht landen und richtig teuer werden. Wenn der Chef schon erster Klasse fliegt, wollen sie wenigstens nicht zweiter Klasse rausfliegen.

GIFTGAS

Heikle Lieferungen

Die Bundesregierung hat erstmals zugegeben, den Export von Anlagentechnik nach Syrien genehmigt zu haben, die auch für die Chemiewaffenproduktion einsetzbar ist. In das heutige Bürgerkriegsland lieferten deutsche Firmen mehr als ein Jahrzehnt lang spezielle Pumpen und Ventile. Deren Beschichtungen halten aggressiven Stoffen stand, sie sind für die Produktion von Giftgas unabdingbar. Der ehemalige Biowaffen-Inspekteur und Linken-Abgeordnete Jan van Aken hält den Export für verantwortungslos: „Die Vorstellung, dass der grausame Sarin-Angriff in Damaskus auch mit deutschen Lieferungen ermöglicht wurde, ist unerträglich.“ Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums sind die Komponenten zur Herstellung von Papier, für die Erdgasaufbereitung und für Kraftwerke verwendet worden. Allerdings sei dies vor Ort nicht kontrolliert worden. An der „Plausibilität der zivilen Nutzung“, so versichert die Behörde des scheidenden Wirtschaftsministers Philipp Rösler (FDP), seien aber keine Zweifel aufgekomen. Die bedeutendsten Exportgenehmigungen stammen aus der Zeit der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009. Schon damals lagen in Berlin Informationen über ein Chemiewaffenprogramm der Syrer vor.



LOCAL COMMITTEE OF ARBEEN / DPA

Uno-Waffeninspekteur bei Damaskus

HOMOSEXUELLE

Kein Adoptionsrecht

Die angestrebte Große Koalition will in der nächsten Legislaturperiode offenbar keine weiteren Schritte zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare auf den Weg bringen. Darauf haben Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der CSU-Vorsitzende Horst Seeho-

fer bei ihrem Sechsaugengespräch mit SPD-Chef Sigmar Gabriel am vergangenen Donnerstag bestanden. Die SPD akzeptierte die Forderung. Es werde keine Öffnung der Ehe geben, „und daher auch kein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare“, berichtete Merkel am Freitag in einer telefonischen Konferenz des CDU-Vorstands. Die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften hatte in der Union immer wieder für Debatten gesorgt.

Zuletzt mussten CDU und CSU nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ihre ablehnende Haltung zur steuerlichen Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften korrigieren. Darauf setzen jetzt auch Befürworter einer Reform des Adoptionsrechts, wie der Berliner Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak (CDU): „Wir werden ohnehin ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bekommen, das uns in diese Richtung weisen wird.“